



N I E D E R S C H R I F T
(öffentlicher Teil)
14. Sitzung des Hauptausschusses
am Dienstag, 06.05.2014

Ort: Roter Saal, Rathaus, 23539 Lübeck
Beginn: 16:30 Uhr
Ende: 18:45 Uhr

Anwesende Mitglieder

| | |
|-------------------|--|
| Vorsitz | |
| Jan Lindenau- SPD | |

| | |
|---|--|
| Mitglieder aus der Bürgerschaft | |
| Dirk Freitag- CDU | Vertretung für: Herrn Zander, Andreas |
| Jörg Hundertmark- SPD | |
| 2. stv. Stadtpräsident Rolf Klinkel- Bü90/DIEGRÜNEN | Vertretung für: Frau Akyurt, Michelle |
| Christopher Lötsch- CDU | ab 18.25 Uhr / TOP 12.1 abwesend |
| Ragnar Harald Lüttke- DIE LINKE | |
| Silke Mählenhoff- Bü90/DIEGRÜNEN | |
| Ulrich Pluschkell- SPD | Vertretung für: Frau Stadtpräsidentin Schopenhauer, Gabriele |
| Peter Reinhardt- SPD | |
| Lars Rottloff- CDU | |
| Anette Röttger- CDU | |
| Bruno Böhm- fraktionslos | ab 18.23 Uhr / TOP 12.1 abwesend, beratendes Mitglied |
| Oliver Dedow- Die PARTEI-PIRATEN | beratendes Mitglied |
| Manfred Kirch- FDP | Vertretung für: Herrn Rathcke, Thomas, beratendes Mitglied |
| Volker Krause- BfL | beratendes Mitglied |

| Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion | |
|---|--|
| Antje Jansen- DIE LINKE | |
| Marcellus Niewöhner- BfL | |
| Peter Petereit- SPD | |
| Andreas Sankewitz- SPD | ab 18.28 Uhr anwesend / TOP 12.1 |
| Astrid Stadthaus-Panissié- BfL | öffentl. Teil bis TOP 9 / 17.12 Uhr anwesend |

| Verwaltung | |
|---|--|
| Bürgermeister Bernd Saxe- FB 1 - Bürgermeister | |
| Senatorin Annette Borns- FB 4 - Kultur und Bildung | |
| Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales | |
| Senator Bernd Möller- FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung | ab 18.35 Uhr / TOP 12.1 abwesend |
| Senator Franz-Peter Boden- FB 5 - Planen und Bauen | ab 18.30 Uhr / TOP 12.1 abwesend |
| Andrea Aewerdieck-Zorom- Büro der Bürgerschaft | öffentl. Teil bis TOP 9 / 17.12 Uhr anwesend |
| Wolf-Dieter, Barteck- Beteiligungscontrolling | |
| Hans-Werner Duwe- Bürgermeisterkanzlei, Protokollführer | |
| Oliver Groth- PR Bürgermeister | |
| Henning Junge- Bürgermeisterkanzlei | |
| Norbert Kurt- Haushalt und Steuerung | öffentl. Teil bis TOP 9 / 17.12 Uhr anwesend |
| Marc Langentepe- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit | öffentl. Teil bis TOP 9 / 17.12 Uhr anwesend |
| Linda Schütt- Haushalt und Steuerung | öffentl. Teil bis TOP 9 / 17.12 Uhr anwesend |
| Manfred Uhlig- Bereich Haushalt und Steuerung | öffentl. Teil bis TOP 9 / 17.12 Uhr anwesend |
| Tatjana Voskuhl- Recht | |
| Conja Grau- Wirtschaft und Liegenschaften | |
| Jörg Kaminski- SIE | öffentl. Teil bis TOP 9 / 17.12 Uhr anwesend und nö. Teil zu TOP 12.1 anwesend |
| Ralf Kuschmierz- FBC FB 2 | |
| Sigrid Roggensack- SIE | öffentl. Teil bis TOP 9 / 17.12 Uhr anwesend und nö. Teil zu TOP 12.1 anwesend |
| Matthias Schröder- SIE | öffentl. Teil bis TOP 9 / 17.12 Uhr anwesend und nö. Teil zu TOP 12.1 anwesend |
| Dennis Bunk- - GMHL | ab 18.30 Uhr / bei TOP 12.1 abwesend |

| Gäste | |
|---|--|
| Beate Herrmann- Personalvertretung der SIE | öffentl. Teil bis TOP 9 / 17.12 Uhr anwesend und nö. Teil zu TOP 12.1 anwesend |
| Karina Glisovic- Personalvertretung der SIE | öffentl. Teil bis TOP 9 / 17.12 Uhr anwesend und nö. Teil zu TOP 12.1 anwesend |
| Sylvia Topel- Personalvertretung der SIE | öffentl. Teil bis TOP 9 / 17.12 Uhr anwesend und nö. Teil zu TOP 12.1 anwesend |
| Graf- Wirtschaftsprüfer | öffentl. Teil bis TOP 9 / 17.12 Uhr anwesend und nö. Teil zu TOP 12.1 anwesend (bis 18.34 Uhr) |

| Sonstige Personen | |
|----------------------------------|--|
| VertreterInnen der Personalräte- | öffentl. Teil bis TOP 9 / 17.12 Uhr anwesend |
| VertreterInnen der Presse- | öffentl. Teil bis TOP 9 / 17.12 Uhr anwesend |
| Zuhörerinnen und Zuhörer- | öffentl. Teil bis TOP 9 / 17.12 Uhr anwesend |

Entschuldigte Mitglieder

| Mitglieder aus der Bürgerschaft | |
|---|--------------|
| Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer- SPD | entschuldigt |
| Michelle Akyurt- Bü90/DIEGRÜNEN | entschuldigt |
| Andreas Zander- CDU | entschuldigt |
| Thomas Rathcke- FDP | entschuldigt |

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.04.2014
3. Anfragen / Antworten / Mitteilungen
 - 3.1. Reduzierung der Verpflichtungsermächtigungen im Finanzplan/ Investitionstätigkeiten 2014 von 38.4 Mio. € auf 33 Mio. € gem. Erlass des Innenministeriums vom 04.03.14 (Bgm)
Vorlage: VO/2014/01552
 - 3.2. Beantwortung noch offener Fragen aus der Sondersitzung am 29.04.14 betr. Situation Flughafen Lübeck und mögliche Auswirkungen für die Hansestadt Lübeck
 - 3.2.1. Fragenkatalog zum Flughafen (CDU-Fraktion)
Vorlage: VO/2014/01568
 - 3.2.2. Anfragen von BM Lars Rottloff: Fragen zum Mahnverfahren beim Flughafen
Vorlage: VO/2014/01577
 - 3.2.3. Aktuelle Situation Flughafen Lübeck; Beantwortung noch offener Fragen - öffentlicher Teil -
Vorlage: VO/2014/01592
 - 3.2.4. Antwort auf die Anfrage von AM Lars Rottloff betr. Mahnverfahren Flughafen
Vorlage: VO/2014/01594
 - 3.3. Anfrage des Ausschussmitglieds Bruno Böhm - Schulcontainer
Vorlage: VO/2014/01580
 - 3.4. Anfrage von Herrn Krause betr. Vorlage des Jahresabschlusses 2010
 - 3.5. Anfrage von Herrn Lötsch betr. aktueller Sachstand IGB
 - 3.6. Anfrage von Herrn Dedow betr. Mahnverfahren und verwaltungsinterne Anweisungen bei Zahlungsverzug städt. Forderungen
 - 3.7. Anfrage von Herrn Lindenau betr. Auftragsvergabe von Postdienstleistungen
 - 3.8. Anfrage von Herrn Lindenau betr. Ruhestörungen im Bereich Hansering
 - 3.9. Mitteilung des Bürgermeisters betr. Beflaggung und Standvergabe an die CSD-Bewegung anl. des Hansetages 2014 in der Hansestadt Lübeck

4. Berichte
 - 4.1. Über- und außerplanmäßige Bewilligungen und Verpflichtungsermächtigungen
Haushaltsjahr 2013 - 2. Halbjahr
Vorlage: VO/2014/01532
 - 4.2. Abschlussbericht des Projekts Umstellung Steuerverfahren
Vorlage: VO/2014/01494
 - 4.3. Betrauungsakt und Direktvergabe der Hansestadt Lübeck an die Stadtverkehr Lübeck GmbH und die Lübeck-Travemünder Verkehrsgesellschaft mbH über die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Erbringung des öffentlichen Personennahverkehrs (Linienbusverkehr) und des Fährverkehrs (Priwallfähre) im Gebiet der "Region Lübeck"
Vorlage: VO/2014/01377
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Lübecker Public Corporate Governance Kodex
Vorlage: VO/2014/01428
6. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
7. Anträge von Ausschussmitgliedern
8. Verschiedenes
9. Ende des öffentlichen Teils
15. Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses fest.

Er weist auf folgende umgeteilte Unterlagen hin:

TOP 1 Übersicht der Fachausschussergebnisse

TOP 3.2.3/VO 1592 Antworten betr. Flughafen (Fragenkatalog der CDU)

TOP 3.2.4/VO 1594 Antwort auf die Anfrage von BM Lars Rottloff betr. Mahnverfahren Flughafen

(neu)

TOP 3.3 / VO 1580 Anfrage von AM Bruno Böhm betr. Schulcontainer

TOP 11.1.1/VO 1593 Antworten betr. Flughafen (Fragenkatalog der CDU)

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende teilt des Weiteren mit, dass die Verwaltung die Vorlage zu TOP 4.3 wie auch schon im gestrigen Bauausschuss zurückgezogen habe. Er schlägt vor, den TOP abzusetzen.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis und ist einstimmig damit einverstanden, TOP 4.3 von der TO abzusetzen.

Frau Mählenhoff bittet, TOP 5.1 erneut zurückzustellen.

Der Hauptausschuss ist einstimmig mit der Vertagung von TOP 5.1 einverstanden.

Herr Lötsch schlägt vor, TOP 12.1 nach der Beratung im Sozialausschuss im Hauptausschuss zu beraten. Herr Bürgermeister Saxe erläutert hierzu, dass es ausdrücklicher Wunsch des Hauptausschusses gewesen sei, den Bericht heute vorgelegt zu bekommen. Der Vorsitzende ergänzt, dass der Wirtschaftsprüfer Herr Graf zur heutigen Sitzung eingeladen worden sei. Er spricht sich daher dafür aus, die Beratung heute durchzuführen und die Angelegenheit erneut auf die TO des Hauptausschusses zu setzen, wenn die Erkenntnisse aus der Beratung des Berichtes im Sozialausschuss vorliegen würden.

*Der Hauptausschuss ist einstimmig mit dem
Verfahrensvorschlag des Vorsitzenden
einverstanden.*

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass aufgrund der Änderung der Gemeindeordnung (§ 35) nunmehr ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er schlägt vor, über den Ausschluss der Öffentlichkeit „en bloc“ abzustimmen.

*Der Hauptausschuss ist einstimmig „en bloc“ mit der
vorgeschlagenen Zuordnung der Tagesordnungspunkte
in den nichtöffentlichen Teil einverstanden.*

Der Vorsitzende teilt abschließend mit, dass das anwesende Fernsehteam von der heutigen Sitzung Film- und Tonaufzeichnungen fertigen möchte.

*Der Vorsitzende stellt nach Befragen des Hauptausschusses
fest, dass dagegen keine Einwände erhoben werden.*

*Der Hauptausschuss stellt die Tagesordnung
in der geänderten Fassung fest.*

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.04.2014

Keine Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt die Niederschrift in
der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.*

TOP 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

TOP 3.1 Reduzierung der Verpflichtungsermächtigungen im Finanzplan/ Investitionstätigkeiten 2014 von 38.4 Mio. € auf 33 Mio. € gem. Erlass des Innenministeriums vom 04.03.14 (Bgm) Vorlage: VO/2014/01552

Herr Bürgermeister Saxe verweist auf die vorliegende schriftliche Mitteilung mit der VO 1552 und teilt ergänzend mit, dass die Reduzierung der VE durch die Verschiebung von Baumaßnahmen erreicht werden konnte, deren Umsetzung nicht vorangetrieben werden kann oder muss.

Auf Nachfrage von Herrn Reinhardt teilt Herr Bürgermeister Saxe mit, dass es sich bei den Maßnahmen um die Ausbaumaßnahme Skandikai und den Neubau der Feuerwache 3 handelt. Die Verschiebung der Maßnahmen ist mit den Beteiligten abgestimmt.

TOP 3.2 Beantwortung noch offener Fragen aus der Sondersitzung am 29.04.14 betr. Situation Flughafen Lübeck und mögliche Auswirkungen für die Hansestadt Lübeck

**TOP 3.2.1 Fragenkatalog zum Flughafen (CDU-Fraktion)
Vorlage: VO/2014/01568**

Die Hauptausschussmitglieder der CDU-Fraktion haben die nachfolgenden Anfragen gestellt:

Die CDU bittet die Verwaltung um eine Beantwortung der folgenden Fragen. Eine schriftliche Antwort wird bis zur nächsten regulären Sitzung des Hauptausschusses erwartet.

Fragen zur Pacht/Miete:

1. An welchem Tag und für welchen Monat/Monate ist die letzte Rate der Pacht bzw. Miete bei der Stadt eingetroffen?
2. Was wird nicht gezahlt? Die Pachtraten für die Flughafengrundstücke oder die Mietraten für die gebundenen Wirtschaftsgüter? Oder beides?
3. Was bedeutet es, dass die jeweilige Miete (der gebundenen Wirtschaftsgüter) auf die Pachtzahlungen angerechnet wird?
4. Wie hoch sind die monatlichen Pachtraten für die Flughafengrundstücke?
5. Wie hoch sind die monatlichen Mietzahlungen für die gebundenen Wirtschaftsgüter?
6. Sind die Pachten, bzw. Mieten immer pünktlich gezahlt worden, bzw. welche sind nicht bei Fälligkeit gezahlt worden?

Fragen zum Mahnverfahren:

7. An welchem Tag wurde das Mahnverfahren von wem eingeleitet?
8. Was wurde für jede weitere nicht gezahlte Pacht/Miete veranlasst? Wann und für welche Monate wurden erneute Mahnverfahren eingeleitet?
9. Was wurde vor und nach der Eröffnung des Mahnverfahrens unternommen, um an ausstehende Zahlungen zu gelangen?
10. Weshalb wurden keine Vollstreckungsmaßnahmen eingeleitet, bzw. wann wurden diese eingeleitet?
11. Warum wurde nicht der direkte Kontakt zum Investor bezüglich der ausstehenden Pachtzahlungen gesucht?
12. Wann und wie oft wurde der direkte Kontakt zum damaligen bestellten Geschäftsführer des Flughafens hinsichtlich der offenen Pachtzahlungen gesucht?
13. Wie sehen die Handlungsstufen der Hansestadt Lübeck im zeitlichen Kontext aus, wenn ein Pächter mit den Zahlungen im Rückstand ist?
14. Welche Möglichkeiten hat die Stadt, um noch an die ausstehenden Pachtraten zu kommen?
15. Wie ist der aktuelle Stand des Mahnverfahrens?
16. Konnte der Mahnbescheid zugestellt werden? An wen?
17. Gibt es bereits einen Vollstreckungsbescheid oder ist Widerspruch eingelegt worden (sofern Zustellung erfolgte?)
18. Ist das Klageverfahren - sofern Widerspruch eingelegt wurde - beabsichtigt?

Fragen zum Informationsstand des Bürgermeisters:

19. Wann und von wem wurde der Bürgermeister darüber informiert, dass der Flughafenbetreiber mit seinen Zahlungen im Rückstand ist?
20. Warum hat der Bürgermeister die kommunalpolitischen Entscheidungsträger bzw. Gremien (z.B. Hauptausschuss) erst Mitte April von dem eingeleiteten Mahnverfahren gegen

die *Betreibergesellschaft des Flughafens* informiert?

21. Warum berichtete der *Bürgermeister* auch auf Nachfrage in der Runde der *Fraktionsvorsitzenden*, dass diese *Außenstände* sich auf 2-3 Monate beziehen?

Fragen zum Informationsstand der Verwaltung:

22. Wer wusste neben dem *Bürgermeister* seit wann von den *Zahlungsrückständen* der *Betreibergesellschaft des Flughafens*?

23. Wann wurden die betroffenen *Senatoren (Bau und Wirtschaft)* über die *Zahlungsrückstände* der *Betreibergesellschaft* unterrichtet?

24. Welche *Handlungsvorschläge* haben die *informierten Personen* wann dem *Bürgermeister* unterbreitet?

25. An welchem *Tag* und wie hat die *Verwaltung* der *Stadt Lübeck* erfahren, dass *Prof. Amar* seine *Anteile* an der *Muttergesellschaft* der *Yasmina* verkauft hat?

Fragen zu den Sonderkündigungsrechten der Stadt:

26. Wer entscheidet über die *Inanspruchnahme* des *Sonderkündigungsrechts*, dass sich aus *Nichtzahlung* der *Pacht* ergibt?

27. Warum wurde dieses *Gremium* nicht vor dem *Eintrittsdatum* des *Sonderkündigungsrechtes* informiert, dass sich aus *Nichtzahlung* der *Pacht* ergibt?

28. Wie will der *Bürgermeister* mit dem *Sonderkündigungsrecht* umgehen, dass sich aus der *Eröffnung* eines *Insolvenzverfahrens* ergibt?

Fragen zum Kontakt zu Prof. Amar:

29. Wann gab es seitens der *Stadt* den letzten *Kontakt* mit *Prof. Amar*?

30. Wer hatte diesen *Kontakt*?

31. Was wurde dabei *erörtert*?

Fragen zu den städtischen Grundstücken bei der Betreibergesellschaft:

32. Wie sind die *städtischen Grundstücke* für *Lübeck* gesichert?

33. Wie sind die *KWL Grundstücke (Airport Business Park)* gesichert?

34. Sind die *Grundstücke*, die die *Stadt* für 1 Euro an den *Investor* verkauft hat, jetzt *Bestandteil* der *Insolvenzmasse*? Und wenn ja, mit welchem *Wert*?

35. Besitzt die *Stadt* ein *Vorkaufsrecht* auf die noch Ende 2013 von der *Flughafengesellschaft* erworbene *Grundstücke*, das noch ausgeübt werden kann?

36. Wird die *Stadt* das *Rückkaufsrecht* für die seinerzeit übertragenen *Grundstücke* ausüben und wenn ja, welcher *Preis* ist zu zahlen?

37. Der *Flughafen* soll noch Ende 2013 *Grundstückskäufe* im *Flughafenumfeld* vorgenommen haben. Bestehen in diesem Zusammenhang *Vorkaufsrechte* der *Stadt* und welche *Überlegungen* gibt es, der *Stadt* *Handlungsoptionen* durch *Ausübung* von *Vorkaufsrechten* zu sichern?

Fragen zur geplanten Glasfaserfabrik:

38. Wie ist der *Stand* der *Planungen* für die *Glasfaserfabrik*?

39. Wurden im Zuge der *Gespräche* über das *Investitionsvorhaben* über eine *Glasfaserfabrik* auch die *Pachtrückstände* angesprochen?

40. Wer ist jetzt *Eigentümer/Verantwortlicher* für die *Glasfaserfabrik* und die entsprechenden *Grundstücke*?

41. An welchem *Tag* hätte die *3Y* eine *Vorschusszahlung* auf die *Baugenehmigungsgebühr* in Höhe von ca. € 45.000 leisten müssen?

42. Wann wusste der *Bausenator*, bzw. *Bürgermeister*, dass der *Vorschuss* nicht gezahlt worden ist?

43. Wie hoch ist die *Chance*, dass die *Ansiedlung* *Glasfaserfabrik* noch erfolgt?

Fragen zum Insolvenzverfahren:

44. Wieso schloss der *Bürgermeister* in der *Runde* der *Fraktionsvorsitzenden* eine *Insolvenz* noch aus?

45. Welche *Folgen* ergeben sich durch eine *Insolvenz* für die *Stadt*?

46. Welche Folgen ergeben sich durch eine Insolvenz für die Mitarbeiter?
47. Welche Konsequenzen hat eine Insolvenz für den Flugbetrieb?
48. Wer hat im Falle einer Insolvenz die Betriebspflicht?
49. Welche Rechte und Kompetenzen besitzt der vorläufige Insolvenzverwalter?
50. Welche Rechte und Handlungsmöglichkeiten hat die Stadt im Rahmen des Insolvenzverfahrens?
51. Sind die Forderungen der Hansestadt Lübeck bereits im Insolvenzverfahren angemeldet worden? Wann wird dies ggf. erfolgen?

Fragen zur Betriebsgenehmigung:

52. Was geschieht, wenn die Betriebsgenehmigung entzogen wird?
53. Welche Gegenstände der neue Eigentümer/Geschäftsführer in der Zeit vor der Insolvenz verkauft.
54. Wie ist sichergestellt, dass für den Flugbetrieb nicht benötigte Grundstücke an die Stadt Rückübertragen werden, wenn ein Investor die Durchsetzung des Planfeststellungsbeschlusses nicht weiter verfolgt bzw. im OLG-Verfahren unterliegt?

Fragen zu den möglichen Pflichten der Stadt:

55. Wie wird die Stadt ihre moralische Verantwortung für die Mitarbeiter wahrnehmen?
56. Entsteht eine Schadensersatzpflicht der Stadt (z.B. ggü. den Airlines, Pächtern, Kunden, etc.), wenn der Flugbetrieb (Der Bürgermeister sprach vom Sekunden-Tod) eingestellt wird?
57. Muss die Stadt im Fall eines Flughafenausbaus (lt. Planfeststellung) irgendwelche Kosten für Lärmschutz-/weitere Ausgleichsmaßnahmen tragen? Wenn ja, wie sehen die Vereinbarungen hierzu aus und wer hat diese getroffen?

Fragen zur Überprüfung des Investors 3Y:

58. Welche Stellen und / oder Prüfungsgesellschaften haben im Bieterverfahren die Bonität und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit überprüft?
59. Anhand welcher wirtschaftlichen Kennzahlen und Unterlagen wurden die Ergebnisse erstellt?
60. Lagen bei der Überprüfung des Investors die Jahresabschlüsse 2010 und 2011 vor? War der vorgelegte Jahresabschluss 2011 testiert?
(Der Jahresabschluss 2010 ist nach den Angaben im Unternehmensregister erst am 15.8.2012, also kurz vor den Verhandlungen mit dem Flughafen, erstellt worden. Der Jahresabschluss wurde aber erst ein Jahr später am 2.8.2013 gebilligt. Da es sich um eine kleine Kapitalgesellschaft i. S des HGB handeln soll, war kein Testat eines Wirtschaftsprüfers erforderlich. Der Jahresabschluss hätte nach 6 Monaten bereits bis 30.6.2011 aufgestellt sein müssen. Der Jahresabschluss 2011 ist lt. Unternehmensregister erst am 6.8.2013 erstellt worden. Außerdem war er zu dem Zeitpunkt immer noch nicht von einem Wirtschaftsprüfer testiert worden.)

Im veröffentlichten Jahresabschluss 2011 der 3Y sind im Anhang die folgenden Angaben zu Haftungsverhältnissen aus nicht bilanzierten Verbindlichkeiten gemacht worden, die das Aktivvermögen bei weitem übersteigen. Es ist daher nicht auszuschließen gewesen, dass die Firma für die Bürgschaften in Anspruch genommen werden könnte.

=====

Haftungsverhältnisse aus nicht bilanzierten Verbindlichkeiten gemäß § 251 HGB

Neben den in der Bilanz aufgeführten Verbindlichkeiten sind die folgenden Haftungsverhältnisse zu vermerken:

| | Haftungsverhältnisse nach § 251 HGB Betrag |
|--|--|
| EUR | |
| aus der Begebung und Übertragung von Wechseln | 0,00 |
| davon durch Pfandrechte oder sonstige Sicherheiten gesichert | 0,00 |
| davon gegenüber verbundenen Unternehmen | |
| 0,00 | |
| gesichert durch: | |
| aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften | 52.974.071,50 |

aus Garantieerklärungen

5.000.000,00

aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten

0,00

Summe

57.974.071,50

=====

61. Hat sich die Hansestadt Lübeck vor dem Verkauf des Flughafens, durch Vorlage einer "Bescheinigung in Steuersachen" (früher Unbedenklichkeitsbescheinigung) davon überzeugt, dass die 3 y Logistic und Projektbetreuung GmbH ihre steuerlichen Verpflichtungen erfüllt hat?

(Diese Bescheinigung ist auch bei großen öffentlichen Ausschreibungen für die Teilnahme erforderlich. Die Frage drängt sich auf, dass vielleicht die steuerlichen Pflichten von der Firma nicht immer erfüllt worden sind. Der folgende Text ist im Jahresabschluss 2011 vermerkt war:

"Die Steuerrückstellungen beinhalten die das Geschäftsjahr betreffenden, noch nicht veranlagten Steuern. Ferner sind für folgende Jahre Steuerrückstellungen gebildet: Jahre 2007 bis 2010."

Im Jahresabschluss 2012 sind immer noch Steuerrückstellungen für 2007-2011 gebildet worden.

Normalerweise sind die Steuererklärungen 2007, 2008 und 2009 bei Aufstellung des Jahresabschlusses 2011 längst abgeschlossen. Durch Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung hätte man sich von der steuerlichen Zuverlässigkeit ein Bild machen können.)

62. Hat der Investor am Vollzugstag des Vertrages mit der Stadt die Yasmina mit 2 Mio. Euro Kapital ausgestattet? Wurde das von der Stadt überprüft?

(Das Stammkapital wurde erst am 8.3.2013 auf 625.000 Euro und nicht auf 2 Millionen erhöht. Weitere Kapitalerhöhungen wurden lt. Handelsregister nicht vorgenommen.)

63. Hat die Stadt überprüft, ob die 3Y die Yasmina vertragsgemäß zum 1.1.2014 mit weiteren 2 Mio. Euro Eigenkapital ausgestattet wurde?

64. Hat die Yasmina bereits Teile des städtischen Investitionszuschusses von 5,5 Mio. Euro erhalten oder angefordert? Wenn ja, wann und wie viel?

65. Würde der Investitionszuschuss unter den gleichen Bedingungen auch an einen neuen Investor fließen? Wenn ja, wie wird sichergestellt, dass der Betrag ausschließlich als Zuschuss für Investitionen bei der Umsetzung von Ausbaumaßnahmen laut Planfeststellungsbeschluss verwandt wird?

Der Hauptausschuss nimmt den
Fragenkatalog zur Kenntnis.

Die Beantwortung erfolgt
unter TOP 3.2.3.

TOP 3.2.2 Anfragen von BM Lars Rottloff: Fragen zum Mahnverfahren beim Flughafen Vorlage: VO/2014/01577

Herr Rottloff stellt mit der VO 1577 folgende Anfrage:

Gibt es interne Dienst-/Hausanweisungen, nach denen die Vollstreckungssachbearbeiter verpflichtet sind, bestimmte in der Dienst-/Hausanweisung definierte Verfahren (z.B. wegen Überschreitung einer gewissen Forderungssumme) dem zuständigen Bereichs-/Abteilungsleiter, dem zuständigen Senator oder dem Bürgermeister zur Kenntnisnahme

und/oder Billigung vorzulegen? Welchen Inhalts sind die Anweisungen und sind sie schriftlich - wo - hinterlegt?

Gibt es entsprechende Dienst-/Hausanweisungen zur Vorlage beim Bürgermeister für Bereichs-/Abteilungsleiter und Senatoren? Welchen Inhalts sind diese und sind sie schriftlich – wo – hinterlegt?

Im Falle einer mündlichen Beantwortung bitte ich um zusätzliche schriftliche Antwort.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

*Die Beantwortung erfolgt
unter TOP 3.2.4.*

**TOP 3.2.3 Aktuelle Situation Flughafen Lübeck; Beantwortung noch offener Fragen -
öffentlicher Teil -
Vorlage: VO/2014/01592**

Es liegt mit der VO 1592 ein umfassender Bericht zur Beantwortung der offenen Fragen aus dem Katalog der CDU-Fraktion vor.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Antwort erst kurz vor Sitzungsbeginn zur Beratung vorgelegt werden konnte. Herr Rottloff schlägt daher vor, die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 10.6.2014 weiter zu beraten.

Auf Nachfrage von Herrn Rottloff zur Anmeldung städt. Forderungen im Insolvenzverfahren teilt Herr Bürgermeister Saxe mit, dass die offenen Forderungen dem Insolvenzverwalter mitgeteilt worden sind. Eine offizielle Anmeldung kann jedoch erst erfolgen, wenn das Insolvenzverfahren tatsächlich eröffnet worden ist.

Herr Rottloff spricht die bekannt gewordenen Forderungen der städt. Gesellschaften und Betriebe an (Stadtwerke und EBL) und bittet darum, die Vertreter der Unternehmen in den nächsten Hauptausschuss einzuladen.
Herr Bürgermeister Saxe sagt dies zu.

Nachfragen von Herrn Lüttke zur Anmahnung der Forderungen, zum Rücktrittsrecht des Flughafenbetreibers, zur außerordentlichen Kündigung und zur Einstellung des Flugbetriebes beantworten Herr Bürgermeister Saxe und der Vorsitzende. Dabei wird auf die in der Sondersitzung des Hauptausschusses am 29.4.2014 gegebenen Antworten Bezug genommen.

Herr Rottloff spricht nochmals den Inhalt des Gespräches mit Herrn Weegen am 18.2.2014 an. Herr Bürgermeister Saxe schildert hierzu nochmals den Ablauf der Ereignisse und die seinerzeit erfolgte Information der Gremien zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Auf Nachfrage von Herrn Lötsch bestätigt Herr Bürgermeister Saxe, dass er erst am 17.2.2014 von den Außenständen erfahren habe. Wer im Einzelnen vor diesem Zeitpunkt davon Kenntnis hatte, sei ihm nicht bekannt.

Herr Reinhardt hält die Vergangenheitsbetrachtung für wenig hilfreich. Er fordert einen sog. Plan B für den Fall der Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Hierzu sprechen Herr Bürgermeister Saxe, Herr Hundertmark und der Vorsitzende. Auf allgemeinen Wunsch des Hauptausschusses sagt Herr Bürgermeister zu, dass die Verwaltung bis Juni 2014

entsprechende Überlegungen anstellen wird.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis und stellt die weitere Beratung des Tagesordnungspunktes bis zum 10.6.2014 zurück.

**TOP 3.2.4 Antwort auf die Anfrage von AM Lars Rottloff betr. Mahnverfahren Flughafen
Vorlage: VO/2014/01594**

Es liegt mit der VO 1594 eine Antwort auf die Anfrage von Herrn Rottloff vor.

Hierzu diskutieren Herr Rottloff, Herr Lötsch und Herr Bürgermeister Saxe, der die wesentlichen Verfahrensschritte im Ablauf eines automatisierten Mahnverfahrens beschreibt. Er macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass auf Grund der im aktuellen Verfahren gewonnenen Erkenntnisse das gegenwärtige Mahnverfahren zu überprüfen ist und ggf. bestehende Organisationsoptimierungen, Regelwerkergänzungen etc. zu entwickeln sind.

Im Zusammenhang mit dem Ablauf des Mahnverfahrens fragt Frau Jansen, ob in dem Gespräch mit dem Investor der Glasfaserfabrik auch die rückständigen Miet- und Pachtzahlungen angesprochen worden sind. Dies wird von Herrn Bürgermeister Saxe verneint. Er erläutert die Gründe. Die ausstehenden Zahlungen hat Herr Weegen am 18.2.2014 zur Sprache gebracht und gleichzeitig darauf hingewiesen, dass die Angelegenheit kurzfristig bereinigt werden wird.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

**TOP 3.3 Anfrage des Ausschussmitglieds Bruno Böhm - Schulcontainer
Vorlage: VO/2014/01580**

Herr Böhm hat mit der VO 1580 die folgende Anfrage gestellt:

- 1. Warum wurden die Schul-Container aus Travemünde nicht in ihrer Mietzeit verlängert und am Standort Steinrade eingesetzt?**
- 2. Wie ist das übliche Verfahren bei Ausschreibungen von solchen Containern? Werden externe Architektenleistungen dazu beauftragt und wenn ja, warum?**

Herr Bunk erteilt folgende Antwort:

Eine Verlängerung der Mietzeit der in Travemünde eingesetzten Container ist vergaberechtlich nicht zulässig. Die Stadt hat mit dem Anbieter keinen Rahmenleistungsvertrag. Diese Auffassung ist mit dem Bereich Recht abgestimmt.

Die Frage 2) wird von Herrn Bunk bejaht. Wegen der für die Aufstellung von Containern erforderlichen Baugenehmigungen und der im GMHL vorhandenen Kapazitäten werden externe Gutachter beauftragt.

Eine Nachfrage von Herrn Böhm zu 1), ob die Mietzeiten für andere Zwecke verlängert werden könnten, wird von Herrn Bunk verneint. Die Mietzeitverlängerung ist nicht für andere Standorte möglich.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 3.4 Anfrage von Herrn Krause betr. Vorlage des Jahresabschlusses 2010

Eine Frage von Herrn Krause, wann der Jahresabschluss 2010 vorgelegt wird, beantwortet Herr Bürgermeister Saxe mit dem Hinweis, dass der Jahresabschluss wie zugesagt bis zum 30.5.2014 vorgelegt wird. Der zugesicherte Termin wird eingehalten.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 3.5 Anfrage von Herrn Lötsch betr. aktueller Sachstand IGB

Eine Frage von Herrn Lötsch zum aktuellen Sachstand IGB beantworten Herr Bürgermeister Saxe und Herr Senator Boden. Sie teilen mit, dass sich gegenüber der dem bisher mitgeteilten Sachstand keine neuen Erkenntnisse ergeben haben.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 3.6 Anfrage von Herrn Dedow betr. Mahnverfahren und verwaltungsinterne Anweisungen bei Zahlungsverzug städt. Forderungen

Herr Dedow spricht das Mahnverfahren bei offenen städt. Forderungen an und fragt nach etwaigen verwaltungsinternen Anweisung für den Umgang mit dem Zahlungsverzug.

Herr Bürgermeister Saxe verweist auf die zu TOP 3.2.4 erteilte Antwort und beschreibt erneut die wesentlichen Schritte im automatisierten Mahnverfahren.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 3.7 Anfrage von Herrn Lindenau betr. Auftragsvergabe von Postdienstleistungen

Herr Lindenau stellt die nachfolgend aufgeführte Anfrage und bittet zur nächsten Sitzung um schriftliche Beantwortung.

1. Trifft es zu, dass sich die Firma verpflichtet hat, alle Mitarbeiter sozialversicherungspflichtig anzustellen und niemanden weniger als 18 Stunden in der Woche zu beschäftigen?
2. Ist der Hansestadt Lübeck bekannt, ob die Nordbrief Rostock GmbH zur Erfüllung des Vertrages mit der Hansestadt Lübeck Subunternehmer oder Partnerbetriebe o.ä. beauftragt?
3. Wenn ja, wie stellt die Nordbrief Rostock GmbH die Qualitätssicherung und die Verpflichtung sicher, dass die Anforderungen an das Personal auch bei diesen eingehalten werden?
4. Zu welchen Ergebnissen kommen die vorzulegenden Qualitätssicherungsberichte? Werden die vereinbarten Qualitätsstandards eingehalten (bitte quartalsweise Darstellung)? Wie überprüft die Hansestadt Lübeck die Qualitätssicherungsberichte?
5. Die Firma Nordbrief Rostock GmbH ist vertraglich verpflichtet, gesetzliche Mindestentgelt-Regelungen zu erfüllen. Wie wird das Unternehmen die ab 2015 geltende gesetzliche Einführung eines Mindestlohns in Bezug auf das Vertragsverhältnis mit der Hansestadt Lübeck umsetzen?

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis und bittet um Beantwortung der Anfrage zum 10.6.2014.

TOP 3.8 Anfrage von Herrn Lindenau betr. Ruhestörungen im Bereich Hansering

Herr Lindenau spricht ihm bekannt gewordene Ruhestörungen im Bereich Hansering (im Umfeld des Vereins der Salafisten) an und fragt nach den vom Bereich Gewerbeangelegenheiten getroffenen Maßnahmen.

Herr Senator Möller führt hierzu aus, dass den Beschwerden nachgegangen worden sei. Es sei jedoch nicht gelungen, die Namen der Beschwerdeführer in Erfahrung zu bringen.

Über aktuelle Lärmbelästigungen sei der Verwaltung nichts bekannt. Die früheren Beschwerden stehen jedoch in keinem Zusammenhang mit dem Verein der Salafisten.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 3.9 Mitteilung des Bürgermeisters betr. Beflaggung und Standvergabe an die CSD-Bewegung anl. des Hansetages 2014 in der Hansestadt Lübeck

Herr Bürgermeister Saxe nimmt Bezug auf den in der Sitzung des Hauptausschusses behandelten Antrag betr. Hansetag in Lübeck - Solidarität mit verfolgten Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender und teilt mit, dass lesbisch-schwulen Lübecker Selbsthilfeorganisationen und Vereinen ihre Präsentation während der Hansetage mit einem Stand in der Beckergrube ermöglicht worden ist und dass vor dem Stadttheater eine Beflaggung mit der CSD-Regenbogenfahne erfolgt.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4 Berichte

**TOP 4.1 Über- und außerplanmäßige Bewilligungen und
Verpflichtungsermächtigungen Haushaltsjahr 2013 - 2. Halbjahr
Vorlage: VO/2014/01532**

Keine Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt
den Bericht zur Kenntnis.*

**TOP 4.2 Abschlussbericht des Projekts Umstellung Steuerverfahren
Vorlage: VO/2014/01494**

Keine Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt
den Bericht zur Kenntnis.*

**TOP 4.3 Betrauungsakt und Direktvergabe der Hansestadt Lübeck an die
Stadtverkehr Lübeck GmbH und die Lübeck-Travemünder
Verkehrsgesellschaft mbH über die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen
zur Erbringung des öffentlichen Personennahverkehrs (Linienbusverkehr)
und des Fährverkehrs (Priwallfähre) im Gebiet der "Region Lübeck"
Vorlage: VO/2014/01377**

*Vor Eintritt in die Tagesordnung
einstimmig abgesetzt.*

TOP 5 Beschlussvorlagen

TOP 5.1 Lübecker Public Corporate Governance Kodex Vorlage: VO/2014/01428

Beschlussvorschlag:

1. Die Hansestadt Lübeck gibt sich als Leitlinie guter Unternehmensführung den Lübecker Public Corporate Governance Kodex (Anlage 2).
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, den Lübecker PCGK in den Eigengesellschaften der Hansestadt Lübeck umzusetzen, in den Beteiligungsgesellschaften der Hansestadt Lübeck auf eine Umsetzung hinzuwirken und Regelungen für eine sinngemäße Anwendung der Inhalte des PCGK in den städtischen Sondervermögen Kurbetrieb Travemünde, Entsorgungsbetriebe Lübeck, Lübecker Schwimmbäder und SeniorInnenEinrichtungen zu entwickeln. Erforderliche Anpassungen der Hauptsatzung sind ins Verfahren zu geben.

*Vor Eintritt in die Tagesordnung einstimmig
bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.*

TOP 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

TOP 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

TOP 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

TOP 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 17.12 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit verlässt den Sitzungsraum.

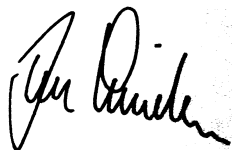
Die Sitzung wird um 17.14 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

TOP 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil Vorlagen und Berichte des Bürgermeisters behandelt worden sind.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

Lübeck, den 11. Juni 2014



Jan Lindenau
Vorsitz

Hans-Werner Duwe
Protokollführung